Abendausgabe

Nr. 564 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 284

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

70 Milliarden M.

Montag
3. Dezember 1923

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Das neue Ermächtigungsgesetz.

Das neue Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, folgende Vorlage einzubringen:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig.

Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag dies in zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Durch die Vorlage dieses neuen Ermächtigungsgesetzes wird die staatsrechtliche Streitfrage aufgeworfen, ob die Verabschiedung eines solchen Gesetzes mit einfacher Mehrheit möglich ist, da ja mit einer Zweidrittelmehrheit nicht gerechnet werden kann. Bei dem verflossenen Ermächtigungsgesetz herrschte allgemein die Ueberzeugung, daß Zweidrittelmehrheit erforderlich sei, da es sich um ein verfassungänderndes Gesetz handle. Bei seinem jetzigen Nachkömmling vertreten die Regierungsjuristen die Auffassung, daß einfache Mehrheit genüge, weil ein Eingriff in Verfassungsrechte ausgeschlossen sei. In früheren Zeiten hat der Reichstag mit einfacher Mehrheit der Regierung die Vollmacht erteilt, bestimmte Materien — wie z. B. Beiträge zur Angestelltenversicherung, Biersteuer, Posttarife usw. — von sich aus zu regeln, eine so allgemeine Ermächtigung aber, wie sie diesmal gefordert wird, ist noch nie erteilt worden außer im Falle des bekannten Ermächtigungsgesetzes der Großen Koalition, das als verfassungänderndes Gesetz mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wurde.

Auch die einfache Mehrheit für das Gesetz kann nicht erreicht werden, wenn ihm nicht die Unterstützung von Parteien zuteil wird, die in der Regierung nicht vertreten sind. Ist es schon an sich eine starke Zumutung, daß solche Parteien an eine Regierung, die nicht die ihre ist, Rechte der Gesetzgebung übertragen sollen, so wird durch die weite Allgemeinheit der Ermächtigungsformel und die Forderung einer zweimaligen Abstimmung über die etwaige Ablehnung die Lage noch schwieriger gestaltet.

Wird das Ermächtigungsgesetz abgelehnt, so soll, wie es heißt, der Reichstag aufgelöst werden. Da in der reichstagslosen Zeit die Maschine der Gesetzgebung nicht ruhen kann, wäre dann die Konsequenz der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes die, daß die Verordnungen, die zu erlassen der Reichstag der Regierung nicht gestatten will, auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung erlassen werden würden!

Der Reichstag wäre damit in eine eigenartige Zwickmühle gebracht. Denn durch sein Nein würde er nicht die Regierung, sondern sich selber ausschalten und der Regierung die Waffe des Ermächtigungsgesetzes nicht aus der Hand schlagen, sondern sie ihr nur noch fester in die Hand drücken.

Es läßt sich voraussehen, daß das neue Ermächtigungsgesetz zu lebhaften Erörterungen schon im Reichsrat Anlaß geben wird, dem es morgen vormittag vorliegen wird. Geht es dort durch, so soll es morgen nachmittag im Reichstag eingebracht werden.

Im Fall einer Auflösung sollen nach einer Eca-Meldung die Wahlen Ende Januar vorgenommen worden.

Für Preisabbau!

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am 30. November mit Vertretern des Fleischergewerbes eine Besprechung wegen Herabsetzung der Fleischpreise statt. Die Beteiligten wurden aufgefordert, die gegenwärtigen Preise unverzüglich herabzusetzen und für die Zukunft auf der Grundlage der tatsächlichen Gestehungskosten unter Einrechnung eines Gewinnzuschlags, der den im Frieden für die Gewichtseinheit gehabten Verdienst keinesfalls überschreiten darf, die Preise in Goldmark neu festzusetzen. Solange diese Umstellung die von allen Risikozuschlägen freizuhaltenden Goldmarkpreise nicht erfolgt ist, ist bei Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Rentenmark, Goldanleihe) ein entsprechender Nachlaß (Rabatt) von den im übrigen erheblich herabzusetzenden Papiermarkpreisen zu gewähren. Die Vertreter des Fleischergewerbes sagten zu, daß sie in ihren Kreisen auf die Einhaltung dieser Richtlinien hinwirken werden. Erfolgt die Herabsetzung nicht oder nicht in genügendem Maße, dann ist es Aufgabe der Preisprüfungsstelle und der Polizeibehörden, mit allem Nachdruck einzugreifen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird in ähnlicher Weise auch mit anderen Parteien des Nahrungsmittelgewerbes und Handels ins Benehmen treten, um eine allgemeine Senkung der hohen Lebensmittelpreise zu erzielen.

Zur Regierungsfrage in Sachsen.

In Dresden tagte Sonnabend und Sonntag im Plenarsaal des Landtagsgebäudes der sozialdemokratische Landesparteitag für Sachsen, über den wir an anderer Stelle berichten. Der für die politische Oeffentlichkeit wichtigste Verhandlungsgegenstand des Parteitages war die Stellungnahme zur Landespolitik. Trotz der berechtigten Empörung und Erbitterung über das Vorgehen der Reichswehr in Sachsen wurde zu dieser Frage ein Beschluß gefaßt, der eine starke Entwicklung zur Realpolitik seit dem letzten sächsischen Landesparteitag, der im März stattfand, erkennen läßt. Das tritt am klarsten hervor, wenn man den Beschluß des Märzparteitages und den Beschluß des jetzigen Parteitages einander gegenüberstellt, wie es nachstehend geschieht:

Märzparteitag.	Dezemberparteitag.
1. Eine Koalition mit den Demokraten ist abzulehnen.	1. Die gewaltsame Beseitigung der sozialistisch-kommunistischen Regierung durch die Reichsexekutive war ein Bruch der Verfassung.
2. Die Verhandlungen mit der KPD. sind fortzuführen mit dem Bestreben, sie zur Teilnahme an der Regierung zu veranlassen.	2. Der Landesparteitag bekennt sich erneut zu dem Grundsatz, der eine Geltendmachung der proletarischen Landtagsmehrheit erstrebt. **Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist eine sozialistische Minderheitsregierung das Gegebene.** Wird die sozialistische Minderheitsregierung gestürzt, so muß versucht werden, mit den Kommunisten zu einer gemeinsamen Regierungsplattform zu kommen. Landesinstanzen und Landtagsfraktion sind an diesen Beschluß gebunden. **Die Bildung jeder Koalitionsregierung ist an die formelle Zustimmung eines Parteitages gebunden.**
3. Der Landesparteitag betrachtet die neuen Vorschläge der KPD. als geeignete Verhandlungsgrundlage für eine gemeinsame Regierungsbildung mit der KPD. In diesem Sinne hat die gewählte Verhandlungskommission die weiteren Verhandlungen zu führen.	

Während der Märzparteitag eine Koalition mit den Demokraten ablehnte und der Verhandlungskommission aufgab, die Koalition mit den Kommunisten zu suchen, erklärte der gestrige Parteitag die von den Demokraten unterstützte sozialistische Minderheitsregierung Fellisch für das Gegebene und bindet jede Koalition — sowohl mit den Demokraten wie mit den Kommunisten — an die Zustimmung eines Landesparteitages. Die Begründung für den gestrigen Beschluß gab der sächsische Innenminister, Genosse Liebmann, der dabei betonte, daß auch nach seiner Meinung ein Zusammengehen mit den Kommunisten in der gegenwärtigen Situation nicht in Frage kommen könne. Einer Anregung des Vertreters des Parteivorstandes, des Genossen Dittmann, zu veranlassen, daß die Begründungsrede des Genossen Liebmann möglichst ausführlich in der Presse wiedergegeben werde, stimmte der Parteitag zu. So verschieden auch die Meinungen waren, die über die Vorgänge der letzten Zeit in Sachsen geäußert wurden, darin waren sich alle Diskussionsredner einig, daß es Pflicht aller Parteigenossen sei, alles zu tun, um das Kabinett Fellisch zu erhalten.

Für Völkerverständigung.

Paris, 3. Dezember. (WTB.) Auf Veranlassung der Internationalen Friedensgesellschaft in Bern vereinigten sich gestern und heute unter dem Vorsitz des belgischen Senators Henri Lafontaine Vertreter internationaler Organisationen, deren Ziel die Annäherung der Völker ist, um einen neuen internationalen Organismus zur Aufklärung über die pazifistische Strömung zu schaffen. Es waren u. a. vertreten die Friedensgesellschaften, die Internationale Freimaurerloge, die gewerkschaftliche Internationale, die Internationale Liga für Menschenrechte sowie eine Anzahl Frauenorganisationen, auch kirchliche Vereinigungen. Es wurde ein internationaler Ausschuß gebildet, der sich einmal oder zweimal im Jahre, wenn die Umstände es erfordern auch öfter, vereinigen soll, um eine Propaganda zu schaffen, die darauf abzielt, den Völkerbund zu vervollkommnen und einen internationalen Friedensgeist durch die Presse und durch die Schulen zu schaffen, damit die Völker ihre gegenseitigen Interessen besser verstehen lernen. Mit der Ausführung wurde das Internationale Friedensbureau in Bern beauftragt.

Effektenverkäufe an der Börse.

Bei Beginn der neuen Woche lag an der Effektenbörse ein auffallend großes Angebot vor. Es handelt sich meist um Verkäufe für ausländische, insbesondere englische und holländische Rechnung, die mit Erstarken des belgisch-französischen Einflusses im besetzten Gebiet zusammenhängt, teils kommen die Verkaufsorders aus westdeutschen Industriekreisen. Man führt dies darauf zurück, daß die rheinisch-westfälischen Industrien genötigt seien, sich durch Abstoßung von Effekten, die zur Wiederaufnahme des Betriebes und zur Zahlung von Kohlensteuern nach dem Micum-Vertrage notwendigen flüssigen Mittel zu verschaffen. Außerdem kommen aber auch aus den unbesetzten Gebieten ziemlich erhebliche Verkaufsorders an die Börse, da man annimmt, daß nach der Verabschiedung des neuen Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag, die Regierung sofort die Steuerverordnung in Kraft setzen wird, die bekanntlich sehr bedeutende Zahlungen auf Goldbasis, schon für den Monat Dezember vorsieht. Man verwies an der heutigen Börse auch darauf, daß infolge der festen Haltung der Mark im Auslande auch die inländischen Lebensmittel- und Warenpreise kräftig zu sinken beginnen. Diese Vorgänge finden natürlich in der Kursenkung der Effekten eine gewisse Parallele.

Polen und Rußland.

Von Dr. Alfred Rossig.

Das Verhältnis der beiden größten Republiken des europäischen Ostens ist seit kurzem in eine neue Phase getreten, deren Verlauf hier mit um so wachsamerer Aufmerksamkeit verfolgt werden muß, als der Angelpunkt des gegenwärtigen diplomatischen Spiels zwischen Rußland und Polen — Deutschland ist.

Polen und Rußland haben bekanntlich mannigfache politische und wirtschaftliche Verrechnungen miteinander. Seit dem Frieden von Riga sind die Beziehungen beider Staaten äußerlich korrekt. Ueber zahlreiche noch ungelöste Fragen verhandeln fortlaufend Kommissionen teils in Moskau, teils in Warschau. Es wird da über Repatriierung, Durchführung des Rigaer Vertrages, Auszahlung des Anteils Polens an dem Goldbestande der ehemaligen russischen Reichsbank und dergleichen gesprochen. Nebenher aber läuft ein verborgener, oft sich scharf zuspitzender Kampf um den Einfluß in den baltischen Staaten.

Rußland verfolgt in Baltikum mehrere Ziele. Vor allem will es durch Belebung des großrussischen Solidaritätsgefühls den Wiederanschluß dieser Gebiete vorbereiten. Des weiteren will es sich den Zugang zu den baltischen Häfen um jeden Preis sichern. Es will die Kontrolle über diese Länder in der Hand haben, um über eine sichere, wenn auch nicht die kürzeste und billigste Verbindung mit Deutschland zu verfügen.

Polen tut seinerseits das möglichste, um das Unabhängigkeitsstreben der baltischen Staaten zu stärken und sie zu überzeugen, daß ein fester Anschluß an Polen diesem Streben den sichersten Halt gibt. In ähnlicher Weise rivalisieren Rußland und Polen miteinander im Verhältnis zu den „nationalen Minoritäten". Sowjetrußland hat bekanntlich die Hoffnung der Ukrainer und Weißruthenen auf nationale Autonomie zunächst enttäuscht. Pilsudskis Föderationspolitik war demgegenüber darauf gerichtet, diese Völker zu Polen hinüberzuziehen. Nunmehr aber hat sich die Situation geändert. Mit unleugbarem politischen Geschick wußte Sowjetrußland die Stärkung des nationalistischen Kurses in Polen auszunutzen, um sich seinerseits den kleinen Nationen entgegenkommend zu zeigen. Seit einiger Zeit häufen sich in Rußland Verordnungen, die den kleinen Völkern die Pflege ihrer nationalen Sprache und Kultur in weitestem Ausmaß ermöglichen sollen. In Weißrußland beschützt die Sowjetregierung sogar den Katholizismus. So wird gleichzeitig den baltischen Staaten demonstriert, daß ihrer nationalen Selbständigkeit in einem Anschluß an Rußland keine Gefahr droht.

Der Ruf nach Revanche für die vor den Toren Warschaus erlittene Niederlage hat sich bis vor kurzem in der Sowjetpresse oft vernehmen lassen. Trotzki ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um Polen gegenüber die Macht Rußlands zu betonen. Dies hat sich aber seit einigen Monaten geändert. Die Vertreter Sowjetrußlands in den gemischten Kommissionen zeigten sich immer entgegenkommender. Trotzki eröffnete eine oratorische Kampagne, in der er den Pazifismus Sowjetrußlands prinzipiell, aber auch ganz besonders im Verhältnis zu Polen unterstrich. Schließlich vernahm man, daß Vigdor Kopp als Vertreter des russischen Kommissariats für Außenpolitik nach Warschau ging, um mit der polnischen Regierung über die Regelung des Durchfuhrverkehrs zu verhandeln.

Für die Uneingeweihten war dies etwas unverständlich. Der Verkehr wurde durch Art. XXII des Rigaer Vertrages definitiv geregelt und findet den Bestimmungen dieses Vertrages gemäß heute ungehindert statt. Hinter diesen Verhandlungen mußte sich also ein ganz neues Problem verbergen.

Aus zahlreichen Kundgebungen der Vertreter der Sowjetregierung ließen sich die Umrisse dieses Problems erkennen. Moskau wollte die Möglichkeit erlangen, auf dem Wege über Polen in den Gang der Ereignisse in Deutschland wirksam eingreifen zu können, ohne sich zu diesem Zweck vorzeitig durch einen Krieg mit Polen zu schwächen. Die Führer des Bolschewismus stehen auf dem Standpunkt, daß davon, was in Deutschland jetzt geschieht, die Zukunft des Kommunismus in Europa abhängt. In der Sitzung des kommunistischen Klubs des Presnja-Bezirks in Moskau äußerte Trotzki:

„Entweder gelingt es jetzt der europäischen Bourgeoisie, das Proletariat völlig niederzuwerfen und die Industrie wieder aufzubauen, dann sichert sie sich noch die Macht für eine gewisse Periode; oder aber, ihr Versuch mißlingt, dann ist ihre politische Herrschaft zu Ende. Die Entscheidung wird von der Widerstandskraft der deutschen Arbeiter und der Unterstützung des russischen Proletariats abhängen."

Man erinnert sich auch an die Erklärung Trotzkis dem amerikanischen Senator King gegenüber: „Wenn wir der Revolution in Deutschland, ohne das Risiko eines Krieges, den Sieg sichern könnten, würden wir in dieser Hinsicht alles tun, was in unserer Macht ist." Noch viel deutlicher wurde Trotzki in den Reden, die er auf dem Kongreß der Metallarbeiter und auf der Konferenz der „Politischen Arbeiter der Roten Armee" hielt. Er sagte hier im wesentlichen:

„Rußland muß unbedingt den freien Durchfuhrverkehr nach Deutschland erlangen, um während der entscheidenden Phase des revolutionären Kampfes das deutsche Proletariat mit Getreide zu versorgen. England und Frankreich verfügen nicht über genügende Kräfte, um einer kommunistischen Revolution in Deutschland wirksam

entgegenzutreten. Die einzige reale Kraft, welche der Revolution entgegengestellt werden kann, ist Polen. Die polnische Regierung erklärt jedoch, daß sie den Frieden erhalten möchte und daß sie auch nicht gewillt sei, sich von einer revolutionären Zange — auf der einen Seite Deutschland, auf der anderen die Sowjetföderation — umfassen zu lassen. Auch wir wollen den Krieg vermeiden, um unsere Wunden zu heilen. Viele Genossen sind der Ansicht, daß der Krieg mit Polen eine Notwendigkeit ist. Wir sind jedoch zu allen Opfern bereit, um ihm aus dem Wege zu gehen. Polen hat die Entscheidung zu treffen, ob es die Rolle einer Brücke, oder die einer Barrière spielen will."

Durch die Formel: „Brücke oder Barrière" brachte Trotzki die These in Erinnerung, um welche, nach den Mitteilungen Dr. Dillons in seiner Schrift über die Friedenskonferenz seinerzeit in Versailles gekämpft wurde. Von den Ententemächten waren drei für die „Barrière", zwei für die „Brücke".

Polen scheint jedoch im entscheidenden Augenblick nach eigenem Ermessen gehandelt zu haben. Die Richtlinie seiner Politik waren durch seine Gesamtlage vorgezeichnet. Für Polen bildet heute, nach der Sicherung der territorialen Grenzen, die wirtschaftliche Konsolidierung das Hauptproblem. Jede kriegerische Verwicklung würde dieses Land in das Chaos zurückschleudern.

Die Sowjetregierung hat nun freilich Polen außerordentlich verlockende Perspektiven eröffnet. Sie machte Polen den Vorschlag, die einschränkenden Bestimmungen des Rigaer Vertrages, wonach die Durchfuhr von militärischen Ausrüstungsobjekten ausgeschlossen ist und die politische Lage des Einfuhrgebietes berücksichtigt werden muß, fallen zu lassen. Durch ein solches Entgegenkommen würde sich Polen nicht nur den Frieden und hohe Taxen, sondern auch den russischen Absatzmarkt sichern. Gleichzeitig mit Kopp traf der neu ernannte russische Handelsvertreter Mjaskow in Warschau ein. Er stellte in Aussicht, daß bei Gründung von gemischten polnisch-russischen Aktiengesellschaften die Lodzer Textilindustrie ihren alten Markt in Rußland wiedergewinnen würde. Ferner sollte Polen wie vor dem Kriege 90 Proz. des ganzen russischen Bedarfes an Emaillegefäßen decken und, neben Deutschland, Röhren, Geräte und landwirtschaftliche Maschinen liefern.

Allen diesen Anerbietungen gegenüber stellte man sich in Warschau auf den Standpunkt, daß einem rein wirtschaftlichen Abkommen, wie das über die Durchfuhr, kein politischer Charakter verliehen werden dürfe. Der Art. XXII des Rigaer Vertrages blieb unverändert. Polen hat sich also entschlossen, in kommerzieller Hinsicht die Rolle einer Brücke zu spielen, dagegen der politischen Ausbreitung des Bolschewismus als Barriere entgegenzutreten.

Helfferich Reichsbankpräsident?

Ein verhängnisvoller Plan.

Nach Havensteins Tod ist die Stelle des Reichsbankpräsidenten noch nicht wieder besetzt worden. Bevor der Reichspräsident ihn ernennt, muß erst das Reichsbankdirektorium und der Zentralausschuß dieses Instituts Vorschläge machen. Erst wenn die Reichsregierung diesen Vorschlägen zustimmt, kann die Ernennung vollzogen werden.

Bis jetzt liegt ein endgültiger Vorschlag nicht vor. Ein Berliner Montagsblatt ist jedoch in der Lage mitzuteilen, daß innerhalb des Reichsbankdirektoriums selbst große Geneigtheit bestehe, den deutschnationalen Abgeordneten und früheren Minister Wilhelms II. Helfferich als Nachfolger Havensteins in Vorschlag zu bringen.

Ein solcher Vorschlag wäre mehr als eine Provokation. Es hieße, wenn ihm stattgegeben würde, auch noch die Reichsbank den Deutschnationalen ausliefern, die schon die Leitung der Rentenbank und damit tatsächlich die ganze Finanzherrschaft über das Reich in Händen haben. Helfferich ist jedem als der Urheber der Inflation im In- und Ausland bekannt. Er war während des Krieges Reichsfinanzminister — damals hieß er noch: Staatssekretär des Reichsschatzamts; er war schließlich Vizekanzler an Bethmanns Seite. Aber er hat sich mit aller Energie gegen den Gedanken gesträubt, daß die Kriegslasten schon während des Krieges durch entsprechende Kapitalsteuern abgedeckt würden. Er hat vielmehr mit dem Gedanken gespielt, daß die Kriegsgegner „das Bleigewicht der Milliarden" durch die Geschichte schleppen sollten. Als dann der Krieg zusammenbrach, der Ruin des Landes vor aller Augen lag, da ging Helfferich zu den Deutschnationalen, schimpfte auf Erzberger und alle, die versuchten, auch jetzt noch eine entsprechende Belastung des Besitzes durchzusetzen.

Eine Ernennung Helfferichs zum Reichsbankpräsidenten würde innen- und außenpolitisch unheilvolle Folgen haben. Wir sind deshalb noch immer geneigt, zu glauben, daß ein solcher Vorschlag nicht erfolgen und daß, wenn er wirklich erfolgen sollte, Reichsregierung und Reichspräsident ihm ihre Zustimmung nicht geben würde.

Der Landesparteitag in Sachsen.

Dresden, den 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend nachmittag begann im Landtagsgebäude die Landeskonferenz der VSPD. Sachsens. Der erste Tag war angefüllt mit einer Besprechung der Reichspolitik. Genossin Sender, Vertreterin der Minderheit in der Reichstagsfraktion, bezeichnete in ihrem Referat als Hauptaufgabe der Sozialdemokratie in einem stark industriellen Lande, sich freizumachen von allem bürgerlichen Einfluß. Die Ausführungen der Referentin gipfelten in einer scharfen Verurteilung der Koalitionspolitik im Reiche.

Reichstagsabgeordneter Krätzig übernahm das Korreferat. Er beschäftigte sich vor allem mit der Notwendigkeit, reale Politik zu treiben. Wir alle müßten danach streben, die Zusammenhänge in der Politik zu erkennen, damit das Mundwerk vom Verstand und nicht der Verstand vom Mundwerk beherrscht wird. Die Arbeiterklasse in dieser Situation zu radikalisieren, sei kein Kunststück. Schwieriger sei es, das richtige Ziel zu erreichen, das für rechts und links das gleiche sei.

Nach einer mehrstündigen Diskussion, an der sich u. a. auch die Genossen Dittmann und Molkenbuhr beteiligten, wurde über mehrere Entschließungen abgestimmt. Angenommen wurde zunächst ein Antrag Zwickau, der vom Parteivorstand die schleunige Fertigstellung des Programmentwurfes fordert und verlangt, daß der Entwurf bald veröffentlicht, diskutiert und dem Reichsparteitag vorgelegt wird. Ebenfalls einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der die Reichstagsfraktion aufgefordert wird, mit allen Mitteln die Beseitigung des Ausnahmezustandes zu erzwingen.

Ein Antrag, der der Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes das Vertrauen abspricht, fand gegen 20 Stimmen bei 109 Stimmberechtigten Annahme. Ein Entschließung des Bezirks Ostsachsen, die die sächsischen Abgeordneten im Reichstag beauftragt, den schärfsten Kampf gegen die Erdrosselung der Konsumvereine aufzunehmen, wurde der Reichstagsfraktion überwiesen.

Die Sonntagvormittagsitzung stand im Zeichen der Landespolitik, über die Landtagsabg. Gen. Arzt sprach. Er wandte sich gegen die Reichsexekutive und den Ausnahmezustand mit seinen bitteren Folgen für die Partei. Die Politik der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes gegenüber Sachsen sei verderblich gewesen. Die Regierung Fellisch müsse man als vollendete Tatsache hinnehmen. Sie sei zwar im gewissen Sinne ein Geschenk der Reaktion, doch müsse sie trotzdem von den Parteigenossen unterstützt werden. Ein Zusammengehen mit den Kommunisten sei anzubahnen und die proletarische Mehrheit im Landtag mehr auszunutzen.

Im Anschluß an diese Ausführungen gab der Landtagsabg. Gen. Müller-Leipzig den Bericht der Landtagsfraktion: Wer die Schwierigkeiten in Sachsen sieht, muß natürlich gegen die Reichspolitik rebellieren, die so drückend auf den sächsischen Verhältnissen lastet. Unsere ganze Arbeit hat unter der Finanznot des Reiches gelitten, die durch die traurige Reichsfinanzpolitik hervorgerufen wurde. Müller gibt dann einen Ueberblick über die Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Die KPD. habe in den letzten zwei Jahren eine sehr starke Wandlung durchgemacht. Erst war sie für keine Beteiligung an den Wahlen, dann für Beteiligung, erst wollte sie nicht in das Parlament, dann ist sie hineingegangen, erst wollte sich nicht mitarbeiten, dann hat sie doch mitgearbeitet und schließlich ist sie sogar, allerdings auf Befehl von Moskau, in die Regierung eingetreten.

Vor Eröffnung der Aussprache erhält Gen. Dittmann das Wort: Zwar besteht im sächsischen Landtag eine proletarische Mehrheit, aber in Wirklichkeit hat das Bürgertum das Uebergewicht. Darum ist es auch politisch ausschlaggebend. Ebenso liegt es im Reich. Dann ging Gen. Dittmann ausführlich auf das Material ein, daß über die Putschabsichten der KPD. vorliegt und zieht den Schluß: „Die KPD. ist überhaupt keine politische Partei, sondern eine militärische Putschorganisation. Der Eintritt der KPD. in die sächsische und thüringische Regierung geschah nur zu dem Zwecke, den bewaffneten Aufstand vorzubereiten.

Hierauf trat eine Mittagspause ein.

Thüringer Landeskonferenz.

Weimar, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nach einem Referat des Staatsministers Genossen Fröhlich über die Reichs- und Landespolitik nahm die am Sonntag in Weimar abgehaltene Landeskonferenz der thüringischen Sozialdemokratie folgende Entschließung an:

„Die Landeskonferenz gibt der Landtagsfraktion und dem Bezirksvorstand zu der Lage in Thüringen folgende Richtlinien:

Die Politik aller bürgerlichen Parteien Thüringens war bis jetzt ganz konsequent darauf eingestellt, die arbeitende Bevölkerung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung in den Zustand der Machtlosigkeit der Vorkriegszeit zurückzuwerfen. Das kommt besonders zum Ausdruck durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien und ihre Stellungnahme während des Belagerungszustandes.

Aus diesem Grunde bringt die Landeskonferenz zum Ausdruck, daß in der jetzigen politischen Situation eine Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien nicht in Frage kommen kann.

In einem Zusatzentschluß zu Punkt 1 der Entschließung wurde festgestellt, daß keine Preisgabe von Genossen in der Regierung zugunsten einer Verständigung mit den Kommunisten in Frage kommen kann. Bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage in Thüringen bleibt als einziger Ausweg die Auflösung des Landtags und Neuwahlen übrig.

In der Diskussion kam eine starke Unzufriedenheit mit der Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zum Ausdruck und es wurde gefordert, daß die Möglichkeit einer späteren Zusammenarbeit mit den Kommunisten offen bleiben müsse. Von einzelnen Rednern wurde ebenso stark auf die Notwendigkeit der Bildung einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien hingewiesen.

Es ist deshalb zu erstreben:

1. Versuch einer sozialistischen Regierung mit parlamentarischer Mehrheit;
2. wenn das nicht möglich ist, Weiterbestehen der gegenwärtigen Regierung bis zur Beendigung des Ausnahmezustandes;
3. Landtagsauflösung und Landtagswahlen nur unter der Voraussetzung, daß der Ausnahmezustand aufgehoben wird."

Kommunistendemonstration in Leipzig.

Leipzig, 3. Dezember. (TU.) Ueber kommunistische Demonstrationen in Leipzig veröffentlicht das Polizeipräsidium einen amtlichen Bericht, in dem es u. a. heißt: Nach dem Vorbilde ihrer Berliner Genossen scheinen nun auch die Leipziger Kommunisten die Demonstrationen in Szene setzen zu wollen. Bereits am Freitag abend kam es in den westlichen Stadtteilen und in der Gegend des Zoologischen Gartens zu kleineren Umzügen. Am Sonnabend mittag versuchten etwa 100 meist jugendliche Personen auf dem Reichsgerichtsplatz eine Versammlung abzuhalten. Sie wurden von der Polizei daran gehindert. In den Nachmittagsstunden sammelten sich in den Vororten unauffällig größere und kleinere Trupps, die sich in der vierten Stunde nach der Stadt zu bewegten. Am Ausgange des Peter-Stein-Weges versuchten Polizeibeamte einen zu zerstreuen. Dabei kam es zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf vier Polizeibeamte mit sogenannten Totschlägern verwundet wurden. Bei zweien dieser Beamten sind die Verwundungen erheblich. Auf dem Promenadenring vereinigten sich zwei andere vorbeimarschierende Züge, um dort eine Versammlung abzuhalten. Sofort eingesetzte stärkere Kräfte von Landespolizei haben die Absicht vereitelt und die Versammlung zerstreut. Dabei ist von den Gummiknüppeln Gebrauch gemacht worden. Nach diesem energischen Eingreifen der Landespolizei haben sich weitere Ansammlungen nicht mehr gebildet.

Das Erwachen Berlins.

Der Nachtzug hat die letzte Fernstation vor Berlin verlassen und durcheilt nunmehr in schnellerem Tempo die Vororte. Die Maschine scheint zu wissen, das sie sich bald der wohlverdienten Ruhe hingeben kann. Der alte Vierteklassenwagen wird an jeder Schienenverbindung derart gerüttelt, daß man meinen könnte, die Räder halten das fortwährende Stoßen auf die Dauer nicht aus. Der Wagen ist überfüllt. Die Menschen — Bauern sind es aus der näheren und weiteren Umgebung — führen riesige Körbe mit, deren Inhalt auf die Märkte der Großstadt oder in den „Bauch von Berlin", die Zentralmarkthalle, gebracht werden soll. Draußen ist es kalt und noch dunkel, nur im fernen Osten macht sich ein schwacher Schimmer des nahenden Tages bemerkbar. Die Heizung im Wagen erfüllt ihre Pflicht, dazu kommt die Ausdünstung der vielen Menschen und der Geruch der verschiedensten Lebensmittel und eine Atmosphäre wird erzeugt, die so leicht nicht ihresgleichen findet. Wehe dem Vorwitzigen, der es wagen sollte, ein Fenster auch nur auf einen Augenblick zu öffnen! Die Unterhaltung der Bauern dreht sich um die zu erzielenden Preise und es ist direkt verblüffend, welche Einmütigkeit hierin besteht. Ich besehe mir die Gesichter meiner Mitreisenden und finde, daß sie durchweg einen zufriedenen Ausdruck aufweisen. Und sie strotzen geradezu vor Gesundheit.

Die ersten Vorortzüge sind überholt, immer mehr nähern wir uns Berlin. Weichen werden überfahren, an Signalen geht's vorbei, Lokomotiv- und Wagenschuppen folgen, rötliches Licht wird von Lampen auf hohen Masten herabgeworfen — der Zug verlangsamt seine Fahrt — eine riesige Halle nimmt ihn auf — er steht. Berlin-Schlesischer Bahnhof. Der Riesenschlange entsteigen gewaltige Menschenmassen. Der Bahnsteig, selbst in rötliches Licht getaucht, ist schwarz geworden. Ein Jagen und Hasten beginnt, jeder will der Erste sein.

Ich werfe einen Blick auf den Nebenbahnsteig; auch er ist schwarz von Menschen, aber andere sind es als die, die eben meinem Wagen entsteigen: Arbeiter, die schon so früh — es ist einhalb sechs Uhr — ihre Heime verlassen, um den weiten Weg nach ihrer Arbeitsstätte zurückzulegen, die sie ja pünktlich erreichen müssen. Harte, mürrische Gesichter sehe ich, in Köpfen, die auf gebeugten Körpern sitzen. Viele, viele haben keinen wärmenden Mantel um die Schultern, sie haben deshalb den Rockkragen aufgeschlagen und die Hände tief in die Taschen vergraben. Ein eisiger Luftzug weht durch die Bahnhofshalle und läßt alle die Wartenden noch mehr frösteln. Grau wie die Wände des Bahnhofes sind die Menschen, die dort stehen und warten.

Mein Zug fährt weiter und hält auf Bahnhof Alexanderplatz. Der Verkehr der Händler macht sich hier wegen der nahen Zentralmarkthalle am meisten bemerkbar. Im Vorbeifahren an dieser sieht man lange Reihen von Güterwagen stehen und gewaltige Mengen Lebensmittel aller Art aus den Wagen in die Halle wandern.

Dann folgt „Friedrichstraße" und Bahnhof „Zoologischer Garten". Das Bild hat sich verändert. Die Bahnsteige sind nicht mehr so stark besetzt. Nur wenige Menschen verlassen noch den Zug, und zwar hauptsächlich nur noch solche, die sich während der Fahrt auf den Polstern der zweiten Klasse gütlich tun konnten. Auch ich entsteige dem Wagen und besuche noch schnell den Wartesaal, um mich nach der anstrengenden Fahrt ein wenig zu erfrischen. Ich irre mich in der Tür und komme in den Saal der ersten und zweiten Klasse. Entsetzt streift mein Blick die dort Anwesenden. Nachtschwärmer — Männer und Dirnen — sind es, die es sich dort zum Abschluß nach fideler Nacht noch einmal gut sein lassen. Ein Wortwechsel zwischen zwei Dirnen läßt mich aufhorchen und voller Ekel verlasse ich schleunigst diese „gastliche" Stätte.

Ich betrete die Straße und auch hier bietet sich mir ein anderes Bild als in den Straßenzügen um den Schlesischen Bahnhof: Dort Menschen, die erfüllt sind von der Sorge um das tägliche Brot und hier Menschen, die erfüllt sind von der Sorge, wie sie am angenehmsten die Nacht verbringen.

Das ist das Gesicht des erwachenden Berlin.

Karl Suckert.

Von guten Schulen und schlechten Schülerinnen.

„Wer es nicht im Kopf hat, der muß es in den Beinen haben", spricht der Volksmund. Ich möchte dieses Wort nicht mißverstanden wissen, wenn ich es umgekehrt und indirekt anwende und von Fräulein Ilse Marée sage: Sie ist eine kluge Tänzerin. Gewiß hat sie es auch in den Beinen, mehr noch in Armen und Oberkörper, am meisten aber im Kopf. Sie kennt die Vorzüge ihrer Begabung ebenso genau wie sie die Grenzen ihrer Ausdrucksmittel weise respektiert. Um die pointierende Wucht eines stets sicheren rhythmischen Gefühls wirksam zur Geltung zu bringen, wählt sie als Unterlage meist schlichte, kraftvolle Tanzmelodien, die ihr Gelegenheit bieten, einfache Gefühle und Stimmungen zu gestalten, ohne in tiefere seelische Klüfte zu dringen, aus denen für sie keine Schätze zu heben wären. Ihr Tanz hat etwas Solides, gefällig Hausbackenes, treuherzig Derbes, und ihr Stil ist sicher geeignet, als Vorbild und fruchtbare Basis für die allererste Unterweisung junger Tanzschülerinnen zu dienen. Das Pantomimische scheidet fast ganz aus, und wenn Pose und Bewegung auch mehr gymnastisch und turnerisch als seelisch ausdrucksvoll sind, so ist das zunächst kein Fehler, denn es ließe sich auch auf dieser Grundlage weiterbauen. Die Schülerschar, die Fräulein Marée uns im Blüthner-Saal vorführte, hat freilich von der Meisterin nicht viel profitiert. Ein paar dankbare Effektstücke, wie der Russen- und Bauerntanz, taten ihre Wirkung, alles übrige war blutleere Hopserei, und die Komposition des Donauwalzers zeigte, daß Fräulein Marée trotz der sicheren Rhythmik ihrer Soli rhythmische Gruppengliederungen nicht zustande bringt.

Den Eindruck einer begabten Anfängerin, die einer guten Schule zu früh entlaufen ist, machte das jugendliche Fräulein Helga Normann, das ebenfalls im Blüthner-Saal seinen ersten Tanzabend gab. Strenge, suggestive Ausdrucksformen, etwa im Stil der Jutta Klamt, und ein gewisser bacchantischer Elan erweckten zunächst Hoffnungen. Aber die gleichen Formen kehrten unbeseelt wieder, die stereotype Anwendung einer üblen akrobatischen Rumpfbeugung, endlose tote Stellen, bei denen der künstlerische Organismus körperlich und seelisch leer lief, die Phantasiearmut und kitschige Süßlichkeit einiger Tanzkompositionen („Schmetterling", „Froschkönig"), geschmackvolle Schlußattitüden, die nicht als höchste Gipfelung aus den Tänzen herauswuchsen, sondern ihnen wie kraftlose Ausrufungszeichen äußerlich angehängt waren, erzeugten einen sehr unsympathischen Gesamteindruck. Die junge Dame könnte vielleicht einmal eine gute Tänzerin werden, aber sie darf nicht ernten wollen ohne gründlich geackert zu haben.

John Schikowski.

Eine neue Bestätigung der Einstein-Theorie. Einsteins Relativitätstheorie hat die verschiedenen Proben, die auf ihre Richtigkeit angestellt wurden, bisher glücklich bestanden. Es waren drei Prüfungsmethoden, die in Anwendung kommen sollten. Die erste bezog sich auf die Bewegung des Planeten Merkur und wurde zuerst befriedigend gelöst. Die zweite Probe konnte nur bei einer völligen Sonnenfinsternis gemacht werden, und bekanntlich sind diese Prüfungen von englischen Astronomen 1919 vorgenommen und 1922 von amerikanischen und deutschen Beobachtern bestätigt worden, so daß die Theorie auch diese Probe bestanden hat. Es blieb aber auch noch eine dritte Prüfungsmethode, nämlich die der scheinbaren Länge der Lichtwellen in ihrer Beeinflussung durch die Gravitation. Dies dritte Problem ergab zunächst sehr zweifelhafte Resultate, und einige Gelehrte erklärten sogar, daß durch das Versagen dieser Methode die ganze Theorie hinfällig würde. Einstein aber ließ sich dadurch nicht irre machen und erklärte, daß seine Berechnungen stimmten. Wie der Oxforder Astronom H. H. Turner nunmehr mitteilt, haben sich die beiden hartnäckigsten Gegner Einsteins bekehrt. Der amerikanische Gelehrte O. C. St. John, der die schwersten Zweifel geäußert, ist nun, wie er in der „Science" mitteilt, zu Ergebnissen gekommen, die mit der Einsteinschen Theorie übereinstimmen, und ebenso hat sich der englische Gelehrte Evershed, der seine Beobachtungen an dem Kodaikanal-Observatorium in Süd-Italien vornahm, zugunsten Einsteins ausgesprochen. Das gemeinsame Zeugnis dieser beiden früheren Gegner beseitigt also die letzten Zweifel, die etwa noch vorhanden sein konnten.

Ueber das Seelenleben des Krüppels spricht Direktor Würz am 6. Dez., abds. 8 Uhr, im Institut für praktische Psychologie, Kurfürstendamm 45, im Rahmen der Berliner Psychologischen Gesellschaft. Gäste werden, soweit der Raum reicht, zugelassen und zahlen den Betrag einer Straßenbahnfahrt.

Eine Gedenkfeier für den verstorbenen Hygieniker Karl Flügge findet am Sonntag, 9. Dez., mittags 12 Uhr, im Hygienischen Institut in der Dorotheenstraße. Es werden sprechen: Gen. Prof. Dr. Grotjahn, Prof. Heymann u. a.

Für notleidende deutsche Schriftsteller und Künstler sind in Wien bis jetzt Spenden im Betrage von über 160 Millionen Kronen eingegangen und der deutschen Gesandtschaft zur Weiterleitung an die für die Verteilung in Deutschland in Betracht kommenden Stellen übergeben worden

Das Schicksal der Rheinlande.

Köln, 3. Dezember. (WTB.) Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung" aus Bonn traten die Vertreter der Banken des besetzten Gebietes und die Vertreter der französischen und belgischen Banken unter dem Vorsitz des französischen Oberkommissars Tirard und des belgischen Oberkommissars Jacquemynes zusammen. Von seiten der deutschen Banken waren anwesend Louis Hagen, Direktor Pferdmenges, Freiherr von Schröder, Freiherr S. Alfred von Oppenheim, Bendix, Geschäftsinhaber des Barmer Bankvereins in Köln, ferner Dr. Hammerschmidt, Dr. Wuppermann-Düsseldorf, Dr. Becker, Kurt Hirschland-Essen. Es wurde beschlossen, die Statuten für die künftige Gesellschaft sofort festzustellen.

Paris, 3. Dezember. (WTB.) Nach einer Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, von Sonnabend ab Waren, die aus dem nichtbesetzten Deutschland kommen und durch das besetzte Gebiet geführt werden, soweit sie für das Ausland bestimmt sind, als internationale Transitwaren zu behandeln, d. h. für sie weder die Bezahlung der Abgabe noch den Nachweis der Ausfuhrbewilligung der Besetzungsbehörde weiterhin zu verlangen.

Nach einer Havas-Meldung aus Brüssel bestätigt „Etoile Belge", daß zurzeit zwischen der französischen und der belgischen Regierung ein Meinungsaustausch über die Form der weiteren Besetzung des Ruhrgebietes stattfinde. Das Blatt glaubt zu wissen, daß mit dem Tage, an dem die Sicherheit der technischen Kommission gewährleistet sei, der Zustand vom Januar des Jahres wiederhergestellt werden könne. Die Begnadigung einer Anzahl von Ausgewiesenen, die daraufhin wieder in das Ruhrgebiet zurückkehren könnten, sei in aller Kürze zu erwarten.

Nach einer Havas-Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission einstimmig die Ausweisung des kommunistischen Abgeordneten im Preußischen Landtag Dahlem beschlossen mit der Begründung, daß er sich namentlich durch Verbreitung von Broschüren, die Beleidigungen der alliierten Regierungen enthielten, bemühe, im besetzten Gebiet die öffentliche Ordnung zu stören. Havas fügt hinzu, daß bereits vorher zahlreiche Agenten Dahlems ausgewiesen worden seien.

Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf soll am 1. Dezember eine erste Reihe von Abmachungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der französisch-belgischen Eisenbahnregie unterzeichnet worden sein. Falls diese Abmachungen die Zustimmung der Reichsregierung fänden, würden sie am 10. Dezember in Kraft treten. Damit würde die Wiederaufnahme des seit dem 11. Januar unterbrochenen Verkehrs zwischen dem besetzten und dem nichtbesetzten Gebiet ermöglicht. Ueber eine Anzahl Einzelfragen sollen nach Havas noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

„Matin" erklärt, offenbar beeinflußt, zu den Meldungen belgischer und englischer Blätter über eine bevorstehende etwaige Verminderung der französisch-belgischen Truppen im Ruhrgebiet, diese Herabsetzung werde in der Tat nicht allein von der belgischen, sondern auch von der französischen Regierung gewünscht. Poincaré habe kürzlich in dieser Hinsicht sehr bestimmte Erklärungen abgegeben. Die Beendigung des passiven Widerstandes ermögliche es General Degoutte allerdings, an eine Verminderung seiner Truppenstärke zu denken, aber diese Maßnahme könne entsprechend dem besonderen Charakter der augenblicklichen Lage in den besetzten Gebieten jenseits des Rheins nicht schon jetzt eingeleitet werden.

Zahnärzte und Krankenkassen.

Die zahnärztliche Versorgung der Kassenmitglieder wird durch den am 1. Dezember eingetretenen vertragslosen Zustand zwischen Aerzten und Krankenkassen vorläufig nicht betroffen.

Eine Pariser Sensation.

Der Sohn des Royalistenführers Daudet eines rätselhaften Todes gestorben.

Paris, 2. Dezember. (Eca.) Die Zeitungen beschäftigen sich eingehend mit dem geheimnisvollen Tod des Sohnes des bekannten royalistischen Führers Léon Daudet. Der 14jährige Daudet wurde vor einigen Tagen als unbekannter Toter in ein Hospital eingeliefert. Man nahm zuerst Selbstmord an. Die hiesige anarchistische Zeitung „Le Libertaire" veröffentlichte einen Abschiedsbrief des jungen Daudet an seine Mutter, der als Grund für den Selbstmord angibt, daß er anarchistischen Verbänden beigetreten sei. (?) Der junge Daudet zeigte krankhafte neurasthenische Neigungen; verschwand oft tagelang von zuhause in Anfällen von jugendlichem Vagabundieren, und wurde deswegen auch von Nerven-Spezialisten behandelt. Sein Vater hat Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Ermordung seines Sohnes erstattet. In den letzten 3 Tagen vor seinem Tode war Daudet in einem seiner Anfälle nicht zu Hause gewesen, und in den Kreisen, die Daudet nahestehen, wird behauptet, daß er während dieser Zeit in anarchistischen Kreisen zurückgehalten worden sei. Einige Camélots du roi, mit denen der junge Daudet befreundet war, haben die Vermutung geäußert, daß dieser beabsichtigte, sich unter falschem Namen bei den Anarchisten einzuführen, um dort einer angeblichen Verschwörung gegen seinen Vater auf die Spur zu kommen, deren Opfer bereits vor einiger Zeit der bekannte Monarchist und Sekretär der Camélots du roi, Plateau, gewesen ist.

Nach dem Pariser Anarchistenblatt soll Daudet jr. die Absicht gehabt haben, seinen Vater zu töten und sich aus Reue erschossen haben. Daudet Vater schwört in der „Action française", den Tod seines Sohnes an dem Anarchismus rächen zu wollen. Das Blatt macht — Deutschland für die Ermordung Plateaus und für den Tod des jungen Daudet verantwortlich. Aber das gehört ins Gebiet der Psychiatrie.

Amtliche Devisenkurse.

	3. Dezember Geld	3. Dezember Brief	22. November Geld	22. November Brief
	M = Millionen Mark, T = Tausend Mark.			
1 holländ. Gulden	1576050 M	1583950 M	1596000 M	1604000 M
1 argent. Pap.-Peso	1296750 M	1303250 M	1296750 M	1303250 M
1 belgischer Frank	199515 M	194485 M	199500 M	200500 M
1 norwegische Krone	626430 M	629570 M	616955 M	619545 M
1 dänische Krone	754110 M	757890 M	726180 M	729820 M
1 schwed. Krone	1097250 M	1102750 M	1102240 M	1106760 M
1 finnische Mark	107730 M	108270 M	107730 M	108270 M
1 japan. Yen	1995000 M	2005000 M	1995000 M	2005000 M
1 italienische Lira	183540 M	184460 M	183540 M	184460 M
1 Pfund Sterling	18154500 M	18245500 M	18354000 M	18446000 M
1 **Dollar**	**4189500 M**	**4210500 M**	**4189500 M**	**4210500 M**
1 französischer Frank	225085 M	226565 M	231420 M	232580 M
1 brasilian. Milreis	359100 M	360900 M	359100 M	360900 M
1 Schweizer Frank	728178 M	731825 M	728175 M	731825 M
1 spanische Peseta	546630 M	549370 M	546630 M	549370 M
1 öst. Krone (abgest.)	58852 T	59148 T	58852 T	59148 T
1 tschechische Krone	121698 M	122305 M	121695 M	122305 M
1 ungarische Krone	219450 M	220550 T	219450 M	220550 T
1 bulgarische Lewa	84314 T	84496 M	84314 T	84496 M
1 jugoslaw. Dinar	46581 M	47719 M	47581 M	47719 M

Die weiße Weste.

Das soll diesmal eine Bezeichnung für die schneebedeckte Erde, für das oft genannte „Leichentuch" sein. Die Erde ist auch im Winter bei strengstem Frost keine Leiche, die Saaten und die wiederkehrenden Pflanzen setzen ihre Ausbildung fort, um im gegebenen Augenblick die Bereitschaft zu voller Entwicklung in sich zu tragen.

Freilich, mit der weißen Weste sieht es in der Stadt, besonders der Großstadt, recht böse aus; der Wagenverkehr und die Millionen Schritte der Fußgänger verwandeln den jungfräulichen Schnee bald in eine graue Schlackenmasse, deren Nässe bei nicht ganz taktfestem Schuhwerk unangenehm empfunden wird. Wie anders draußen in der freien Natur! Da liegt die von den Poeten und Malern uns so oft vorgetäuschte Weihnachtsstimmung greifbar vor uns; zumal wenn die Sonne einige ihrer seltenen Strahlen über die Felder und Wälder sendet, dort malerische Reflexe und hier an den dichtbehangenen Zweigen das verlockendste Zuckerwerk hervorzaubernd.

Mag der Schnee als leise herabschwebende Flocken, wie es an diesem ersten Tage der Fall war, oder als wirbelnde, vom Sturm dahergetriebene Einzelwesen — so am zweiten Tage — zu uns gesandt werden, stets ist das Resultat das gleiche, eine harmonische weiße Fläche, soweit das Auge reicht. Jedes Detail auf ihr wird erkennbar; jede Spur bietet sich dem Blicke dar. Nichts ist interessanter als die Fährten der Tiere zu beobachten! Auch der Kleinsiedler, der nur ein paar Ruten Land sein eigen nennt, muß sich über den weichen Schneefall freuen: Schnee ist Dünger. Darum tut es gut, die Fußsteige freizumachen und den Schnee auf die Gemüsebeete zu werfen; er gewinnt dadurch an Sauberkeit der Wege und stärkt den nutzbaren Boden. Also: an Arbeit fehlt es auch dem Kleinsiedler nach dem Schneefall nicht.

Verhütet das Krüppeltum!

Vorbeugende Fürsorge ist produktiv.

Im „Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten" („Otto-Perl-Bund") sprach am Sonntag Prof. Dr. Biesalski, der ärztliche Direktor des Oskar-Helene-Heims, über „Verhütung des Krüppeltums". Bei dem Geldmangel des Reichs, der Staaten und der Gemeinden fürchtet er, daß der auf allen Gebieten sozialer Fürsorge beginnende notgedrungene Abbau auch die Krüppelfürsorge hart treffen wird. Die Unterbringung von Krüppeln in Heilanstalten, ohne die bei sehr vielen Krüppeln eine Heilung nicht möglich ist, werde wahrscheinlich eine weitgehende Einschränkung erleiden. Um so nötiger sei es, noch mehr als bisher die vorbeugende Fürsorge zu betonen, die gerade beim Krüppeltum sehr viel leichter und auch billiger als ein später einsetzender Heilversuch ist. Krüppelheilung, die bei zeitig kommender Hilfe in der Mehrzahl der Fälle erreicht wird, ist produktive Arbeit. Sie verhütet Erwerbsunfähigkeit, entlastet die Armenpflege und bereichert die Volksgemeinschaft um ein Mitglied, das Freude am Leben hat und durch schaffende Arbeit zum Wohl des Ganzen beiträgt. Prof. Biesalski erörterte eine Reihe angeborener Schäden, z. B. Klumpfuß, Schiefhals, Hüftverrenkung, bei denen der Arzt, wenn das Kind ihm in den ersten Lebensjahren oder möglichst schon im Säuglingsalter zugeführt wird, fast immer völlige Heilung bringen kann. Eindringlich mahnte er, die vorbeugende Fürsorge nicht außer acht zu lassen. Verzögerung und Vernachlässigung steigern die Gefahr der Verkrüppelung, bei der dann der Arzt vielleicht keine Heilung mehr, sondern in langwieriger und kostspieliger Behandlung höchstens noch Besserung erreichen kann. Zum Schluß seines Vortrags wies Prof. Biesalski auf die Selbsthilfe der Krüppel hin. Wenn der Krüppel ein freudig schaffendes Mitglied der Gesellschaft werden soll, bedarf er nicht nur der Hilfe des Arztes, der um Herstellung der Leistungsfähigkeit des Körpers sich müht. In den Anstalten, deren segensreiche Fürsorge für viele Krüppel unentbehrlich ist, wirkt auch der Pädagoge mit und sucht durch Stärkung und Stählung des Willens die Aufrichtung des Krüppels zu fördern. Einschränkung der Anstalten wäre verhängnisvoll für die Berufsausbildung und Erwerbsfähigkeit der Krüppel, die ihnen die Möglichkeit der Selbsthilfe schafft und ohne die eine wirkliche Krüppelfürsorge nicht denkbar ist.

Mit Telephon und Scheckbuch.

Händler in der Zentralmarkthalle sind in der letzten Zeit mehrfach von Spitzbuben um erhebliche Beträge geneppt worden. Sie erhielten unter dem Namen irgendeines Kleinhändlers durch den Fernsprecher Bestellungen mit der Weisung, daß ein Bote die Waren abholen und mit dem Scheck bezahlen werde. Bald kam dann auch ein Bursche mit einem Handwagen, der noch eine schriftliche Bestellung mitbrachte, die sich mit der telephonischen in allen Einzelheiten deckte und sich auf diese bezog. Der Bote übergab Schecks auf die Sponholzbank, dann auch auf die Gastwirtebank, die sich als wertlos erwiesen. Die Schwindler erhielten ganze Seiten Speck und Kübel von Schmalz, Margarine usw. Jetzt gelang es der Kriminalpolizei, die Täter zu fassen. Es sind drei Brüder Teschen, Burschen von 17 bis 22 Jahren, die aus einer hiesigen Fleischerfamilie stammen. Sie griffen sich, wenn sie durch den Fernsprecher eine Bestellung gemacht hatten, auf der Straße irgendeinen Boten mit einem Handwagen auf und veranlaßten ihn gegen ein Trinkgeld, die Waren, in der Regel 2 bis 6 Zentner, abzuholen. Bei den Banken hatten sie ein kleines Konto angelegt und sich gleich mehrere Scheckbücher geben lassen. Einer der Brüder hatte in der Markthalle am Arminiusplatz einen Stand gemietet, und von hier aus wurde immer die ganze Beute entweder im großen oder auch an Kleinhändler verkauft. Die Verhafteten, die auf großem Fuße lebten, leugneten zwar, konnten aber überführt werden, weil die Kriminalpolizei eine ganze Reihe von benutzten Boten ermittelte, die sie bei der Gegenüberstellung als ihre Auftraggeber bestimmt wiedererkannten. Die geprellten Großhändler selbst hatten sie nie zu Gesicht bekommen. Der Stand in der Arminiushalle wurde von der Kriminalpolizei verschlossen und versiegelt.

Eine seltsame Explosion.

Am Sonntagvormittag erschien eine Frau Frida Lemke aus der Simon-Dach-Straße 36 in Lichtenberg auf dem 255. Polizeirevier und zeigte an, daß in der vergangenen Nacht gegen 12¾ Uhr beim Ausbraten eines Pfundes amerikanischen Schmalzes eine Explosion erfolgt sei. Das Schmalz habe sie von der Firma, bei der sie beschäftigt sei, erhalten. Als das Schmalz ungefähr 5 Minuten auf dem Feuer gestanden habe, sei plötzlich eine blaue Flamme emporgestiegen, und es habe sich ein heftiger Geruch nach ranzigem Oel bemerkbar gemacht. Sie habe den Topf vom Feuer gerissen und sei in die Mitte der Küche getreten. Plötzlich sei eine Stichflamme aus dem Kochtopf emporgeschossen und eine Rabitzwand in Stärke von etwa 3,5 Zentimeter sei umgerissen worden. Die Fensterscheiben seien zersprungen, und sie selbst sei gegen die Wand geschleudert worden, aber mit dem bloßen Schreck davongekommen. Die ganze Angelegenheit ist so merkwürdig, daß die Polizei eine genaue Untersuchung der Sache in die Wege geleitet hat.

Falschmünzers Bierreise.

In Karlshorst wurde eine Gesellschaft von vier Herren und Damen, die eine Bierreise unternommen und ihre Zechen mit falschen Dollarnoten bezahlt hatten, angehalten. Sie fuhren mit einem Auto vor einer Gastwirtschaft in der Tresckowallee vor und machten eine Zeche von 54 Goldmark. Auch der Chauffeur trank wacker mit. Als es zum Bezahlen kam, hatten die Herren, die die „Ausländer" spielten, nur amerikanische Dollar. Der Wirt sah sich diese genauer an, hegte begründete Zweifel an ihrer Echtheit und holte die Polizei des 259. Reviers. Die Dollar, 14 Stück, wurden auch als falsch festgestellt, und ihre Verausgaber der Kriminalpolizei zugeführt. Die Falschgeldabteilung beschäftigt sich noch mit der Feststellung der Persönlichkeiten. Ermittelt wurde bereits, daß die Gesellschaft vorher auch in Berlin mehrere Wirtschaften mit dem Auto aufgesucht hatte. Falsche amerikanische Dollar sind in der letzten Zeit schon wiederholt in den Verkehr gebracht.

Senkung der Lebensmittelpreise.

Weitere Verbilligung der Fleischwaren.

Gleichzeitig mit der Besprechung im Reichsernährungsministerium, in der von dem Vertreter des Fleischhandels eine Senkung der Preise gefordert wurde, fand am letzten Sonnabend auch eine Sitzung der Preisüberwachungskommission auf dem Viehhof statt, in der ebenfalls von dem Vertreter der Wucherpolizei sehr energisch die Festsetzung niedrigerer Richtpreise verlangt wurde.

Nach längerem Verhandeln erklärten sich die Vertreter des Fleischergewerbes auch schließlich mit einer solchen Maßnahme einverstanden, da ihnen im Falle einer Weigerung ein energisches Vorgehen der Behörden in Aussicht gestellt worden war. Infolgedessen weisen die Fleischpreise im Kleinhandel, die zunächst bis heute Mittag, bei dem zu erwartenden Stabilbleiben des Dollars aber voraussichtlich auch heute Nachmittag und morgen Gültigkeit haben werden, Rückgänge von durchschnittlich 1 bis 1,7 Billionen Mark pro Pfund auf. Dabei ist zu erwarten, daß die Schlächter gezwungen sein werden, auch teilweise noch unter den Richtpreisen zu halten, da das augenblickliche sehr starke Angebot auf den Viehhof preisdrückend wirkt. Bezeichnenderweise ist der Absicht der Wucherpolizei, auch im Fleischhandel die Goldmarkberechnung einzuführen, plötzlich aus den Kreisen der Viehhändler und Kommissionäre Widerstand entgegengesetzt worden. Ganz im Gegensatz zu ihrem bisherigen Verhalten erklärten diese nämlich, daß sie auf Papiermarkpreisen bestehen müßten, weil sie ja auf dem Lande für Papiermark unter erheblichen Entwertungsaufschlägen eingekauft hätten und demzufolge zu weit höheren Goldmarkpreisen kämen, als ihnen die Behörden zubilligen wollten. Aus diesem Grunde wurde am Sonnabend von der Einführung der Goldpreise zunächst Abstand genommen. Wie wir erfahren, ist jedoch für den kommenden Mittwoch bestimmt mit der Festsetzung der Richtpreise im Fleischhandel in Goldmark zu rechnen. Im übrigen wird die Preissenkungsaktion planmäßig fortgesetzt werden, und zwar nicht nur im Fleischhandel, sondern überall da, wo die Lebensmittelpreise, soweit sie unmittelbar vom Dollar abhängig sind, eine unberechtigte Höhe erreicht haben. Das trifft in erster Linie auch für Gemüse und Obst zu, während beispielsweise bei den Kartoffeln keine wesentliche Ueberschreitung der gerechtfertigten Goldgrundpreise zu verzeichnen ist.

Selbstmord wegen Wohnungsbeschlagnahme.

Der fast siebzigjährige frühere Treptower Gemeindeverordnete R. hat sich auf dem Grundstück Elsenstraße 38 in Treptow, dessen Verwalter er war, das Leben genommen. Er brachte sich zunächst auf dem hintersten Hofe einen Schuß in die Schläfe bei, der nicht sofort tödlich wirkte, legte dann seinen blutbesudelten Mantel auf einen Hauklotz und erhängte sich im Hausflur an der Türklinke. Die Tat muß in früher Morgenstunde geschehen sein. Der Beweggrund ist eigenartig. R. sollte zwei Zimmer seiner Wohnung an eine Familie mit zahlreichen Kindern abgeben. Am Freitagnachmittag stand hierüber der entscheidende Termin vor dem Mieteinigungsamt in Niederschöneweide an. R. ging aber nicht zum Termin und erklärte in einem hinterlassenen Briefe, daß er die Beschlagnahme eines Teiles seiner Wohnung nicht überleben wolle. Zweifellos ist die Tat in nervöser Ueberreizung erfolgt. Die Beschlagnahme der Wohnung soll rechtlich einwandfrei sein.

Schweres Flugzeugunglück in Frankreich.

Im Verlauf von Uebungen die im Hafen von Cherbourg mit Unterseebooten und Wasserflugzeugen vorgenommen wurden, war ein Hochseeflugzeug infolge einer Panne gezwungen, vor dem Hafen niederzugehen und konnte nicht zurückkehren. An Bord dieses Flugzeuges befanden sich 8 Personen. Obwohl danach einige Flugzeuge auf die Suche nach dem vermißten Apparat ausgesandt wurden, gelang es erst viele Stunden später, das Gerüst des vermißten Flugzeuges aufzufinden, in dem sich von der achtköpfigen Mannschaft nur noch 5 Personen befanden, ein Offizier war tot, und man vermutet, daß die übrigen drei Offiziere ertrunken sind. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Fliegerkatastrophe in Bromberg. Bei Bromberg stürzte der Fliegerleutnant Besnarowski im Nebel aus einer Höhe von 200 Meter ab. Der Apparat bohrte sich in die Erde und entzündete sich. Der Führer fand den Tod in den Flammen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Kreismieterobleute! Dienstag, den 4. Dez., 7½ Uhr, Sitzung mit dem Bezirksmieterausschuß in der Geschäftsstelle Potsdamer Str. 56, Gartenhaus 3 Tr.

14. Kreis Neukölln. Heute Montag, abends 7 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal Fraktionssitzung. Bürgerdeputierte haben Zutritt.

54. und 55. Abt. Charlottenburg. Mittwoch, den 5. Dez., 7½ Uhr, im Jugendheim Rosinenstr. 4, vorn 1 Tr., Frauenversammlung. Vortrag.

90. Abt. Britz. Mittwoch, den 5. Dezember, 7½ Uhr, wichtige Funktionärsitzung beim Gen. Kegel, 1. Gemeindeschule, Chausseestr. 137.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

54. Abt. Charlottenburg. Genosse Greier, Cauerstr. 29, ist verstorben. Feuerbestattung heute nachm. 5½ Uhr Krematorium Baumschulenweg.

Sport.

Meisterschafts-Radrennen in Wien-Berlin. Das Rennen um den Weihnachtspreis erstreckt sich über die gesamte Dauer der Veranstaltung. Jeden Abend wird ein Lauf ausgefahren, der erste erhält 3, der zweite 2 und der dritte 1 Punkt. Sieger ist derjenige Fahrer, der am Schlußtage die meisten Punkte errungen hat. Das Mallfahren über 1000 Meter konnte Arndt nach schönem Spurt vor Abraham gewinnen. Im 5-Kilometer-Prämienfahren siegte Wittig über Bögel mit wenigen Metern. Der erste Lauf des Rennens um den großen Weihnachtspreis über 2 Kilometer wurde von Lewanow, Schrage und Rudel bestritten. Nach heißen Kämpfen siegte in schönem Endspurt Lewanow kurz vor Schrage. Ein 4-Kilometerrennen mit vom Publikum ausgewählten Fahrern konnte Lewanow ebenfalls heimfahren. Am Sonntag wurden die Kämpfe fortgesetzt. Im Mallfahren siegte Schrage mit großem Vorsprung vor Abraham und Bögel. Das 5-Kilometer-Prämienfahren gewann Lewanow vor Koch und Rudel. Der zweite Lauf des Weihnachtspreises war eine sichere Beute Wittigs nach scharfen Kämpfen vor Arndt. —

Resultate vom Sonnabend: Vorgabefahren über 1000 Meter: 1. Arndt 1 Minute ⅘ Sekunde. 2. Abraham, dichtauf. 3. Hiepel. 5-Kilometer-Prämienfahren: 1. Wittig 6 Minuten 58 Sekunden. 2. Bögel. 3. Paul Koch. 1. Lauf des großen Weihnachtspreises von Wien-Berlin über 2 Kilometer: 1. Lewanow 3 Minuten 19 Sekunden. 2. Schrage. 3. Rudel. 4 Kilometerrennen: 1. Lewanow 10 Punkte, 5 Minuten 18 Sekunden. 2. Arndt 8 Punkte. 3. Wittig 6 Punkte. Sonntag: Mallfahren über 2000 Meter. 1. Schrage 2 Minuten 56 Sekunden. 2. Abraham. 3. Bögel. 5-Kilometer-Prämienfahren. 1. Lewanow 6 Minuten 12 Sekunden. 2. Koch. 3. Rudel. 2. Lauf des großen Weihnachtspreises über 3 Kilometer. 1. Wittig 4 Minuten 43 Sekunden. 2. Arndt dichtauf. 3. Hiepel. 4-Kilometer-Prunkfahren. 1. Lewanow, 10 Punkte, 5 Minuten 24 Sekunden. 2. Wittig, dichtauf, 7 Punkte. 3. Schrage 7 Punkte.

Polizei und Publikum.

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums sendet uns folgende Mitteilung:

„Das Kommando der Schutzpolizei klagt wiederholt darüber, daß die Tätigkeit der Beamten, namentlich bei Straßenaufzügen, Ansammlungen, Demonstrationen und dergleichen durch unzweckmäßiges Verhalten an sich Unbeteiligter erheblich erschwert wird. Neugierige Passanten, die an sich mit dem Vorfall gar nichts zu tun haben, bleiben stehen und widersetzen sich sogar der Aufforderung weiterzugehen, mit Redensarten, wie z. B. „sie könnten da stehen, sie hätten ein Recht dazu, sie hätten nichts mit der Sache zu tun" usw. Ja, es ist sogar schon wiederholt vorgekommen, daß derartige Personen sich nachträglich darüber beschwert haben, daß sie als Unbeteiligte wie Demonstranten behandelt würden. Es ist selbstverständlich, daß die Polizei in solchen Augenblicken irgendwelche Unterschiede nicht machen kann. Andererseits nehmen doch jene Personen durch ihr Verhalten unwillkürlich an der Störung der öffentlichen Ordnung ebenfalls wie die Demonstranten teil."

Wir verstehen die Klage der Polizei und ihren Wunsch, daß nicht durch Neugierige die Ansammlungen noch vermehrt werden und ihr die Arbeit erschwert wird. Es liegt auch im Interesse der Bevölkerung, daß die Räumung der Straßen, wo sie etwa notwendig wird, sich möglichst schnell und reibungslos vollzieht. Man soll aber nicht jeden, der bei solcher Gelegenheit von der Polizei auf der Straße getroffen wird, sogleich für einen Neugierigen halten. In der Bevölkerung wird geklagt, daß ihren Geschäften ruhig nachgehende Personen manchmal von der Polizei ganz unnötig schroff behandelt werden. Daß auch diese Personen „an der Störung der öffentlichen Ordnung teilnehmen", wird niemand behaupten können.

Revision des Najork-Prozesses.

Die Eheleute Najork, die vom Schwurgericht wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes zu acht Jahren Zuchthaus bzw. vier Monaten Gefängnis verurteilt worden sind, haben durch die Rechtsanwälte Dr. Stemmler und Dr. Brandt Revision beim Reichsgericht anmelden lassen. Der freigesprochene Bruder der Frau Najork, Paul Hasse, ist bereits auf Verordnung des Staatsanwalts dem Polizeipräsidium überwiesen worden und wird als gemeingefährlich in einer Irrenanstalt untergebracht werden.

Als eine Pfennigfuchserei der Behörden muß man es bezeichnen, wenn man erfährt, daß die Städtischen Wasserwerke Berlin, Abteilung Pankow, noch am 20. November 1923 einen Nachzahlungsbetrag von 530 000 M. einziehen. Die Frage, ob das Rechnungsformular, das Ausschreiben und der Weg des Geldeinnehmers nicht ein Vielfaches des einzuziehenden Betrages ausmachen, dürfte berechtigt sein.

Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 26. d. M. ab bis auf weiteres zum 400milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Das Bezirksamt Friedrichshain Deputation für Bildung und Schulwesen, veranstaltet am Mittwoch, den 5. Dezember, abends 7½ Uhr, in der Aula der Berufsschule, Langestraße 21, einen Lichtbildervortrag „Berlin in Vergangenheit und Gegenwart". Vortragender ist Prof. Dr. Lampe. Eintrittskarten zum Preise von M. 100 Milliarden sind im Bezirksamt, Markusstraße 49, Zimmer 39, bei Günther, Fruchtstr. 33/34 und an der Abendkasse zu haben.

Wirtschaft

Politik und Handelsbilanz.

Kürzlich ist in Frankreich die Einfuhr- und Ausfuhrstatistik für die ersten 10 Monate des Jahres 1923 veröffentlicht worden. Sowohl Importe als auch Exporte nahmen stark zu und die Oktober-Ziffern 1923 sind höher als irgendwelche Monatsangaben der letzten Jahre. Als unmittelbare Ursache dieser Prosperität wird u. a. hauptsächlich das Verschwinden der deutschen Konkurrenz auf den aus- und inländischen Märkten bezeichnet.

Trotzdem kann die Handelsbilanz Frankreichs noch nicht als gesund bezeichnet werden, da sie immer noch passiv ist. Dessen war sich auch das Unternehmerblatt „La Journée Industrielle" bewußt, als es vor etwa 10 Tagen schrieb: „Das Gleichgewicht unserer Ein- und Verkäufe im Ausland wäre ungefähr erreicht worden ohne die Milliarde Extraausgaben, die wir in diesem Jahre für Ankäufe von Kohlen und Koks zu machen hatten".

Unterdessen ist die Abmachung mit den deutschen Industriellen zustande gekommen und Poincaré hat sich der Nachricht zur Stärkung seiner Stellung in der Kammer geschickt bedient. Das Ereignis wird in der französischen Unternehmerpresse mit Freuden begrüßt. Die „Journée Industrielle" rechnet schmunzelnd die voraussichtlichen Vorteile der Abmachungen aus, die „den deutschen Industriellen seit Wochen mit großer Geduld vorgeschlagen worden sind". Wenn alles klappt, werden die Franzosen nächstes Jahr aus der Ruhr 17 bis 18 Millionen Tonnen Brennmaterial erhalten. Das Blatt schließt mit den Worten: „Damit wird unser Bedarf an Kohle reichlich gedeckt sein".

Neue 5 Proz. Roggenwertanleihe des Freistaates Preußen. Die preußische Finanzverwaltung wird in der Zeit vom 7. bis 14. Dezember 1923 durch Vermittelung des unter Führung der preußischen Staatsbank (Seehandlung) stehenden Preußen-Konsortiums einen weiteren Betrag der 5 Proz. Preußischen Roggenwertanleihe zur öffentlichen Zeichnung auflegen. Der Zeichnungspreis wird sich dem amtlichen Berliner Börsenkurs der bereits notierten 5 Proz. Preußischen Roggenwertanleihe anpassen. Die Einzelheiten werden demnächst bekanntgegeben.

Die Erleichterung des Stickstoffbezuges. Das Stickstoffsyndikat teilt mit, daß alle Reichsbankstellen Papiermarkbeträge, die zur Bezahlung von Stickstoff bestimmt sind, wie bisher und bis auf weiteres annehmen, dieselben aber vom 1. Dezember 1923 ab nicht mehr in Goldanleihe, sondern in Rentenmark zum Kassenkurs des Einzahlungstages umwandeln und dem Stickstoffsyndikat gutschreiben. Voraussetzung bleibt, daß bei der Einzahlung ein Kaufvertrag mit dem Stickstoffsyndikat besteht.

Die Inflationssteuer und das Ausland. Wie die „Tribune" von Chicago schreibt, haben amerikanische Sparer durch den Zusammenbruch der Mark 500 bis 700 Millionen Dollar eingebüßt. Es sind meist kleine Sparer, darunter viele Deutschamerikaner, die Mark zu ein und zwei Cents kauften, in der Hoffnung, die Mark würde wieder steigen. Es befinden sich auch Käufer von deutschen Wertpapieren darunter, deren Zinsen oder Dividenden in Papiermark gezahlt werden. Nach der „Tribune" wird die Summe, die auf gleiche Weise noch in anderen Ländern verloren wurde, auf eine Milliarde Dollar geschätzt.

Bezirksbeamtentag.

Beamtenabbaugesetz und Republikanisierung der Verwaltung.

Die im Bezirksverband Groß-Berlin der VSPD. politisch organisierten Beamten hielten am Freitag im Gewerkschaftshaus einen Bezirksbeamtentag ab.

Ueber die politische Lage führte der Reichstagsabgeordnete Genosse Künstler u. a. aus: Die letzten Regierungskrisen haben sich immer mehr zu einer Parlamentskrise ausgewachsen. Der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ist unfähig, eine im Interesse der Republik und der Arbeitnehmerschaft gelegene Politik zu betreiben. Das Gebäude am Königsplatz, das Haus des deutschen Volkes, gleicht einer politischen Brockensammlung (Sehr wahr!) Solange dieser Reichstag bestehen wird, werden wir aus den Regierungskrisen nicht herauskommen. Der Politik in der deutschen Republik fehlt jede große Linie. Die Schwächen und Halbheiten aller Kabinette haben den Boden bereitet für die Kahr und Ludendorff. Wenn man nur halb soviel Energie aufgebracht hätte gegen die Monarchisten, wie man sie gegen die Arbeiter-, Angestellten und Beamtenschaft anwendete, so stände es mit der Republik und ihrer Zukunft wesentlich besser. (Sehr richtig!)

Das was heute ist, nahm seinen Anfang am 4. August 1914. Die Nationalisten und Kapitalisten aller Länder sind die einzigen Schuldigen an dem Unglück, das Europa heimgesucht hat. Die Unterlegenen und Geschlagenen im Weltkriege sind die deutschen wie auch die französischen und belgischen Arbeiter. Wie schnell sich die Kapitalisten verständigen, das wurde uns durch die Verhandlungen offenbar, die rheinisch-westfälische Industrielle mit der französischen Militärkommission vor einiger Zeit gepflogen haben. Auf Kosten der Arbeiter und Beamten werden solche Verträge abgeschlossen. Stellten doch deutsche Industrielle das Ansinnen an den französischen General, dafür zu sorgen, daß der Achtstundentag beseitigt werde.

Seit der Gründung der deutschen Republik haben wir nun die 16. Regierung. Die deutsche Regierung hat jetzt endlich eine Marx-Regierung. (Heiterkeit.) Wie wird sich die Sozialdemokratie gegenüber dieser Regierung verhalten? Diese Frage interessiert die Arbeiter sehr. Wenn die Regierung des Zentrumsführers Marx von der Sozialdemokratie toleriert werden soll, so ist erste Voraussetzung, daß die neue Regierung sofort

den militärischen Ausnahmezustand aufhebt.

Tut sie das nicht, so kann sie die Unterstützung der Sozialdemokratie nicht finden. Die Sozialdemokratie, die ihre Minister aus dem Kabinett Stresemann zurückgezogen hatte, weil diese die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes ablehnte, kann nicht eine Regierung Marx unterstützen, die in dieser Frage nicht geneigt ist, nachzugeben. Darum fort mit dem Ausnahmezustand. (Lebhafter Beifall.) Unsere Partei muß jetzt schon für die kommenden Reichstagswahlen rüsten. Wir haben alles zu tun, damit auch der kommende Wahlkampf trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen erfolgreich für die Sozialdemokratie ist. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf sprach Reichstagsabgeordneter Steinkopf über

„Das Beamtenabbaugesetz und die Republikanisierung der Verwaltung.

Er führte aus: Von den Stützen des Staates, Militär, Schule und Verwaltung haben wir Sozialdemokraten keine in unserer Hand. Wir erkennen jetzt selber zu spät, daß wir 1918 einen großen Fehler machten, als wir nicht alle reaktionären Beamten entfernten. Eine solche Tat hätte das Vertrauen zur Republik außerordentlich gestärkt, die allmählich wieder ins Oberwasser gekommenen republikanischen Beamten mußten durch ihre Sabotage alle Versuche zur Durchsetzung des Beamtenkörpers mit republikanischen Beamten illusorisch zu machen. In der jüngsten Zeit des Ausnahmezustandes haben die Militärbehörden mit allen Mitteln die Entfernung verfassungstreuer Beamten vorgenommen. Steinkopf sieht keine Möglichkeit, bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages und der daraus hervorgehenden Regierungen zum gewünschten Ziel zu kommen. Das Beamtenabbaugesetz, durch welches 500 000 Beamte entlassen werden sollen, kann unsere Zustimmung nicht finden. Was ist von unserer Seite geschehen, um die Wirkungen des Gesetzes zu mildern? Unsere schon früher oft gemachten Vorschläge zur Verminderung des Beamtenapparates hätten, zeitig genug angewandt, nicht so rigoros gewirkt als es jetzt der Fall ist. Die Regierung hat auch schon insofern nachgegeben, indem sie eine Durchberatung im Sparausschuß des Reichstages herbeiführte. Leider haben die bürgerlichen Parteien, trotz ihres prinzipiellen Standpunktes, kein Beamter und Angestellter solle entlassen werden, keine unserer Forderungen akzeptiert. Lediglich eine parlamentarische Kommission soll den Abbau der Beamtenschaft übermachen. Schon jetzt melden sich alle Parteien mit der Behauptung, lediglich ihre Mitglieder würden entlassen. Wir haben aber die Befürchtung, daß gerade die linksstehenden Beamten entfernt werden. Unser Antrag, die Beamtenausschüsse bei den Entlassungen zu hören, schwebt noch beim Hauptausschuß. Die Fraktion verlangte auch vorübergehend

die Pensionsaltersgrenze auf 60 Jahre

herabzusetzen, da man im allgemeinen annehmen kann, daß solche Beamten ihre Höchstpension erreichen, so daß sie zur Not davon leben können und ihre Stellen den mit größeren sozialen Pflichten belasteten Beamten überlassen bleiben können. Auf diese Weise könnte die Beamtenschaft um 32000 Köpfe vermindert werden.

Die Gleichstellung der verheirateten weiblichen Beamten mit den männlichen Kollegen konnte insofern nicht aufrechterhalten werden, als für den Fall der gesicherten Existenz des Ehemannes die Entlassung der beamteten Ehefrau erfolgen kann. Wir erhoben weiter die Forderung, daß mit der Durchführung des Beamtenabbaugesetzes nur die verfassungsmäßige Regierung beauftragt wird und nicht etwa die Militärbehörden, wie es in gewissen Kreisen beabsichtigt zu sein scheint. Nach Erörterung weiterer Maßnahmen unserer Fraktion gegen die Wirkungen des Gesetzes kommt Steinkopf zu dem Schluß, daß, wenn die bürgerlichen Parteien alle unsere Vorschläge ablehnen, die Fraktion die Ablehnung des Gesetzes erwägt.

Bei den vorzunehmenden Ersatzwahlen von Vertretern beim Bezirksvorstand wurde verlangt, sämtliche Vertreter neu zu wählen. Die ebenfalls geforderte Neuwahl der Vertreter beim Reichsbeamtenbeirat wurde vom Genossen Künstler als unzulässig bezeichnet. Die Neuwahl wurde beschlossen. Gewählt wurden zu Bezirksvorstandsmitgliedern die Genossen Ruben, Hermann und Jachert.

In der nunmehr eröffneten **Diskussion über die Referate** beantragte der Genosse Hofmann-Schmargendorf, die Versammlung zu vertagen. Dem wurde zugestimmt. Angenommen wurde folgende Entschließung:

„Der heutige Bezirksbeamtentag erklärt jede Auswahl etwa abzubauender Beamten nach dem Leistungsprinzip für untragbar, da eine solche Auswahl lediglich reaktionären Vorgesetzten zum Vorwand dient, Republikaner auszumerzen und zu disqualifizieren."

Gesetzreihe des Internationalen Arbeitsamts.

Das Internationale Arbeitsamt hat in seiner „Gesetzreihe" eine Reihe wichtiger ausländischer Arbeiterschutzgesetze veröffentlicht, die in deutscher, englischer und französischer Sprache zu beziehen sind. Es befindet sich darunter die italienische Verordnung betreffend den Achtstundentag in der Industrie und im Verkehrswesen (einschließlich technischer Bildungsanstalten, der Unternehmungen von Wohltätigkeitseinrichtungen, der Krankenhäuser usw.). Die normale Höchstarbeitsdauer beträgt acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich. Wenn die Parteien dahin übereinkommen, darf Uebérzeit gearbeitet werden, jedoch nicht länger als zwei Stunden täglich und 12 Stunden wöchentlich, oder eine entsprechende Stundenzahl auf einen längeren Zeitabschnitt verteilt. Die Ueberzeitarbeit ist mit mindestens 10 Proz. Zuschlag zum gewöhnlichen Lohn zu bezahlen.

Eine andere bemerkenswerte sozialpolitische Maßregel ist das dänische Gesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, das ebenfalls in der genannten Sammlung erschienen ist. Es untersagt die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in gewerblichen Unternehmungen aller Art und bestimmt, daß Jugendliche von 14 bis 18 Jahren nicht zwischen 7 Uhr abends und 6 Uhr früh beschäftigt werden dürfen, doch sind gewisse Ausnahmen von dieser Vorschrift zulässig.

Die Gesetzreihe des Internationalen Arbeitsamts umfaßt alle Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik der europäischen sowie der außereuropäischen Staaten. Die einzelnen Stücke werden gesondert ausgegeben, so daß sie dem Bedürfnis des Gebrauchers entsprechend nach Gegenständen oder Staaten zusammengefaßt werden können. Auch kann jedes Stück einzeln oder die ganze Reihe im Abonnement bezogen werden. (Kommissionsverlag für Deutschland: Juristische Buchhandlung Hans Preiß in Berlin, Gertraudtenstr. 18).

Ein antimarxistischer Kampffonds.

Infolge der Schwankungen und Entwertungen der Papiermark bis zur Billionmark herunter, sind alle auf die Beiträge ihrer Mitglieder angewiesenen Organisationen in Bedrängnis geraten. Sobald unsere Währung erst wieder festen Boden unter den Füßen hat, auf wirklich wertbeständige Grundlage gestellt ist, werden diese finanziellen Schwierigkeiten wieder behoben werden. In der Zwischenzeit ist ein Notstand vorhanden, der durch besondere Anstrengungen der Mitglieder wie auch durch solidarische Hilfeleistungen der ausländischen Gewerkschaftsorganisationen überwunden werden muß. Die Tatsache, daß verschiedene Gewerkschaftsangestellte einstweilen entlassen werden mußten und infolge der allgemeinen Arbeitslosigkeit keine andere Beschäftigung finden können und deshalb wie alle übrigen Arbeitslosen vorübergehend die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen müssen, wie auch die weitere erfreuliche Tatsache, daß die außerdeutschen Gewerkschaftsverbände im Internationalen Gewerkschaftsbund helfend eingreifen, gibt dem Reichstagsabgeordneten E. Hartwig erwünschte Veranlassung, im Trüben zu fischen.

Unter den perfiden Ausfällen gegen Partei und Gewerkschaften, denen die „Deutsche Zeitung" in ihrer Abendausgabe vom 1. Dezember bereitwilligst Raum gab, wird die „günstige Gelegenheit" genützt, um für den „Deutschnationalen Arbeiterbund" über den Kreis seiner Mitglieder hinaus, bei den deutschnationalen Zahlungsfähigen den Klingelbeutel für einen marxistischen Kampffonds zu schwingen. Die Leser der „Deutschen Zeitung" können wohl den Finanzen dieses sogenannten Arbeiterbundes aufhelfen, nicht aber seinem Mangel an Mitgliedern. Die „Visite" ist hier also um so schlimmer, doch rechtfertigt selbst die ärgste Verlegenheit der Herren Rüffer, Hartwig usw. nicht ein solches Treiben.

Die gelben organisatorischen Treibhausgewächse, die es höchstens in schlimmster Wirtschaftskrise zu einer Scheinblüte bringen können, werden im öffentlichen Leben so wenig ernst genommen, daß sie nicht erst daran zu verschwinden brauchen.

Diese Herrschaften wollen nämlich dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie aus dem „öffentlichen Leben verschwindet". Sie wissen selber, daß dies weit über ihre Kraft geht, allein es zieht besser für die Geldsammlungen.

Wie der Achtstundentag abgebaut wird.

Aus Fürstenwalde wird uns berichtet: Unsere Industrie hat keine Aufträge. „Leider" müssen die Unternehmer verkürzt arbeiten lassen: 40, 32, 24 Stunden in der Woche an fünf, vier oder drei Tagen zu je acht Stunden. Aber diese acht Stunden scheinen nicht auszureichen. Die Arbeiter möchten an allen Werktagen arbeiten, mindestens 44 Stunden bis 48 Stunden, doch den Unternehmern paßt es offenbar besser in den Kram, die „günstige Gelegenheit" zur Abschaffung des Achtstundentages zu benutzen.

Die Firma Julis Pintsch A.-G. in Fürstenwalde macht sich die Sache sehr einfach. Sie läßt einfach an das schwarze Brett anschreiben:

„Ab nächsten Dienstag wird von 6 bis ½6 Uhr gearbeitet; Pausen insgesamt 1½ Stunden."

Damit ist zwar nicht mehr Arbeit vorhanden als bisher, aber die Arbeit kann noch mehr „gestreckt" werden. Es wird noch mehr verkürzt gearbeitet, aber zehn Stunden an weniger Tagen.

Hilfe für die deutschen Gewerkschaften.

Der Aufruf des Vorstandes des IGB. zur Unterstützung der deutschen Gewerkschaften hat bereits in vielen Ländern ein lebhaftes Echo gefunden. Neuerdings hat der schweizerische Gewerkschaftsbund die angeschlossenen Verbände aufgefordert, einen Beitrag von einem halben Franken pro Mitglied zu leisten.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Korb- u. Rohrmöbel Eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Auswahl. Billige Preise. Edmund Foß, Rix-Neukölln Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel. Neukölln 2264 Repar. sämtlich. Korbwaren

Krause-Pianos zur Miete Ansbacher Str. 1, Nähe Kurfürstenstraße

Bote 14—16 Jahre alt, mit eigenem Rad, sofort verlangt Vorwärts-Redaktion Lindenstr. 3

Weit unter Tagespreis sämtliche Markenzigaretten Garbaty Massary, Moslem, Dota usw., ganz besonders preiswert Turkema. Tabakwaren-Großvertrieb Leopold Winiski, Blumenstr. 24, nahe Jannowitzbr. Geschäftszeit 9 bis 5

Verkäufe

Qualitätsteppiche! aus erster Hand spottbillig. billige Fabrikabschlüsse. Schulz, Körnerstr. 4, an der Lützowstraße.

Elegante Anzüge, moderne Wintermäntel, fertig und nach Maß, erstklassige Verarbeitung aus prima Qualitätsstoffen, rätselhaft billig, gegen bar und Zahlungserleichterung. Wertbeständige Zahlung 10 Prozent Rabatt. Scherzer u. Broh, Andreasstraße 5 (Schlesischer Bahnhof).

Kreuzfüchse 10.— Goldmark. Wolfsziegen, Prachtexemplare. Herrengarderobe spottbillig. Wertbeständige Zahlung 20 Prozent. Teilzahlung gestattet. Neuwaren. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Brunnenstraße 5. Großer Verkauf maßmäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Taillenmäntel, Cutaways, Sportpelze, Gehpelze, Pelzjacken, Pelzmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse. Konkurrenzlos billig. Keine Lombardware. Bei Zahlung mit Goldanleihe 10 Prozent Rabatt. Firma achten!

Elegante Pelzmäntel, Sealskinjacken, Fohlenjacken, Fickeljacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse, Schals verkauft auffallend billig Goldmann, Kottbuser Tor, Eingang Dresdenerstraße 136.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Ulster, Paletots, Sportpelze, Gehpelze, Kotzenjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Möbel

Metallbetten, Chaiselongues 8 Goldmark an. Patentmatratzen. Polsterauflagen. Kinderdrahtbett. Meicke, Augustastraße 2a. Quergebäude.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Eink. Brunnenstraße 35.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Autozubehör kauft Goldem, Schönhauser Allee 127.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

„Vorwärts"-Austrägerinnen werden sofort eingestellt

Berlin, Lausitzer Platz 14/15; Wilhelmshavener Str. 48.
Charlottenburg, Geisenheimer Str. 1.
Lichtenberg, Wartenbergstr. 1; Boxhagener Str. 62.
Lichtenberg-Friedrichsfelde, Frankfurter Allee 183 Laden.
Neukölln, Neckarstr. 2.
Schöneberg, Belziger Str. 27.
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Wilmersdorf, Kaiserplatz 10, ptr.